Finanzausschuss am 11.07.2013

**TOP 1: Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das
Haushaltsjahr 2012**

Ausführungen von Herrn Schmitz

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die heutige Sitzung hatten wir Ihnen mit der Anlage 1 zu diesem Tagesordnungspunkt eine Übersicht zu den Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen und dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis 2012 zur Verfügung gestellt. Da sich zwischenzeitlich noch zwei neue Sachverhalte ergeben haben, die den Jahresabschluss 2012 betreffen, haben wir die letzte Seite dieser Übersicht aktualisiert und heute als Tischvorlage ausgelegt. Die Übersicht und die aktuellen Änderungen möchte ich nun näher erläutern:

Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben

In dieser Position hat es bei der Verteilung der Wohngeldersparnis des Landes eine Verbesserung von rund 543 T€ gegeben. Bei der Haushaltsplanung ist nur eine vorsichtige Schätzung dieser Erträge möglich, da zu diesem Zeitpunkt nicht alle Berechnungsparameter bekannt sind. Abweichungen zwischen Plan und Istergebnis können daher nicht ausgeschlossen werden.

Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Aus diesem Bereich möchte ich die Zuweisungen des Landes für Investitionen in den Tageseinrichtungen für Kinder hervorheben, da hier mit einem Minus von 2,46 Mio. € der größte Einzelposten vorliegt.

Bei der Haushaltsplanung bestand ebenfalls eine Ungewissheit, in welcher Höhe Bundes- und Landesmittel für den Ausbau von Tageseinrichtungen zu erwarten waren, da noch keine Bewilligungsbescheide vorlagen. Wenn es dann wie in 2012 geschehen in der Haushaltsausführung zu Mindererträgen kommt, können auch nur entsprechend weniger Mittel an die Träger weitergeleitet werden, d.h. es kommt auch zu Minderaufwendungen im Haushalt.

Wie mir aber vom Kreisjugendamt mitgeteilt wurde, führte diese Haushaltssituation glücklicherweise nicht zu einer Gefährdung beim Ausbau der U3-Betreuung. Im Übrigen hatte der Kreistag aufgrund der Schwierigkeiten mit der Finanzierung durch Bund und Land am 27.03.2012 entschieden, dass bei Bedarf Mittel des Kreises für den U3-Ausbau bereitgestellt werden.

Zeile 3: sonstige Transfererträge

Transfererträge betreffen in erster Linie den Jugend- und Sozialbereich. Hier sind auch die Mehrerträge von rund 574 T€ in 2012 zu verzeichnen gewesen. In einzelnen

Leistungsbereichen wie zum Beispiel der Grundsicherung und der Eingliederungshilfe gab es Verbesserungen.

Zeile 4: öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Ertragsentwicklung der Verwaltungsgebühren im Jahre 2012 lief insgesamt besser als erwartet. Hervorzuheben ist das Plus im Bereich der Baugebühren und im Bereich der Gebühren für den Immissionsschutz.

Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die in der Übersicht aufgeführten Mehrerträge bei den Personal- und Sachkostenerstattungen resultieren auch aus Unwägbarkeiten bei der Haushaltsplanung. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2012 gab es nicht immer verbindliche Zusagen über die Personal- und Sachkostenerstattung.

Die Mehrerträge bei der Erstattung von Kosten der Unterkunft sind nur entstanden, da auf der Aufwandsseite auch höhere Kosten entstanden sind.

Zeile 7: sonstige ordentliche Erträge

Hierzu möchte ich nur ergänzen, dass es sich bei den Erträgen aus Anlagenabgängen um Grundstücksverkäufe von Bauland und Ackerland gehandelt hat. Die Mindererträge bei der Auflösung von Rückstellungen resultieren aus den Ergebnissen bei den Pensionsrückstellungen. Hier werden die Istwerte 2012 wie in der Vergangenheit durch die versicherungsmathematische Bewertung der Versorgungskasse und der Heubeck AG festgestellt.

Nun komme ich zu der Aufwandsseite in der Übersicht.

Zeile 11 und 12: Personal- und Versorgungsaufwendungen

In 2012 sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen rund 2.217 T€ geringer ausgefallen. Entscheidend waren hierfür geringere Personalaufwendungen für die Tariflich Beschäftigten, geringere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen und Minderaufwendungen bei den Beiträgen zur Versorgungskasse.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der höchste Anteil der Verbesserungen entfällt auf den Bereich der Abfallwirtschaft. Diese Verbesserungen kommen dem Gebührenhaushalt Abfallwirtschaft zugute.

Zeile 14: bilanzielle Abschreibungen

Die Mehraufwendungen bei den Abschreibungen in Höhe von rund 2,3 Mio. € entfallen überwiegend auf den Bereich der Forderungsbewertung. Nach den haushaltsrechtlichen Vorgaben sind Forderungen brutto zu erfassen, die eingeschränkte Werthaltigkeit ist anschließend durch Abschreibungen zu berücksichtigen. Verbesserungen der Werthaltigkeit im Vergleich zum Vorjahr sind durch zusätzliche Erträge abgebildet.

Zeile 15: Transferaufwendungen

Der höchste Einzelposten mit einer Verbesserung in Höhe von rund 2,4 Mio. € betrifft den Bereich der Investitionskostenzuschüsse zum Ausbau der Kindertageseinrichtungen. Die Gründe hierfür wurden eben schon geschildert. Die Erträge und Aufwendungen sind in diesem Bereich nicht vollkommen identisch. Dies liegt daran, dass auf der Ertrags- und Aufwandsseite unterschiedliche Beträge für die Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten gebucht werden müssen.

Zeile 16: sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu dieser Aufwandsart möchte ich auch nur die größte Position hervorheben. Das sind die Wertveränderungen bei Sachanlagen. Da beim Verkauf von Vermögensgegenständen oder bei der Abstufung von Kreisstraßen brutto verbucht wird, entstehen an dieser Stelle Aufwendungen, sofern die Anlagen noch nicht komplett abgeschrieben sind. Die hier genannten Mehraufwendungen in Höhe von rund 1.080 T€ sind überwiegend aus der Abstufung von Streckenabschnitten der K5 entstanden. Diese Mehraufwendungen werden aber zu rund 60% kompensiert durch entsprechende Ertragsbuchungen, da es in der Vergangenheit Landeszuwendungen für den Straßenbau gegeben hat.

Soweit zu den einzelnen Zeilen der Übersicht. Hierin haben wir den Bearbeitungsstand zum Jahresabschluss 2012 bis zum 24.06.2013 abbilden können.

In der Gesamtsumme ergeben sich laut Übersicht zunächst Verbesserungen in 2012 in Höhe von rund 3,5 Mio. €, das heißt der Fehlbetrag 2012 liegt nach dieser Berechnung bei rund 4 Mio. €.

Wie Sie der Tischvorlage entnehmen können, haben sich ganz aktuell sich zwei neue Sachverhalte ergeben, die im Jahresabschluss 2012 noch zu Veränderungen führen. Diese möchte ich Ihnen nun näher erläutern.

1.) Abwicklung der Kostenunterdeckung im Gebührenhaushalt Rettungsdienst

Im Gebührenhaushalt Rettungsdienst liegt für das Haushaltsjahr 2012 eine Kostenunterdeckung in Höhe von rund 987 T€ vor. Es handelt sich hierbei nicht um eine Kostenunterdeckung der Rettungsdienst gGmbH, sondern um das Ergebnis im Teilplan 0212 (Produktgruppe Rettungsdienst). Es gibt zwar eine Vorgabe nach dem Kommunalabgabengesetz NRW, dass der Gebührenhaushalt Rettungsdienst derartige Kostenunterdeckungen innerhalb von 4 Jahren ausgleichen soll, jedoch kann diese Vorgabe

haushaltsrechtlich noch nicht als Forderung bzw. noch nicht als Ertrag für den Kreis verbucht werden.

Nach den Bewertungsvorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung NRW darf der Kreis im Jahresabschluss 2012 noch keine Forderung und keinen Ertrag zum Ausgleich dieser Kostenunterdeckung erfassen. Somit wirkt sich die Kostenunterdeckung von rund 987 T€ belastend auf das Jahresergebnis des Kreises aus.

Zukünftig werden aber Kostenüberdeckungen des Gebührenhaushaltes Rettungsdienstes bis zum Ausgleich des Fehlbetrages zu Gunsten des Kreishaushaltes verbucht, und somit wird dann auch das Abschmelzen der Ausgleichsrücklage im Jahresabschluss 2012 wieder schrittweise kompensiert.

Die positive Entwicklung der Gebühreneinnahmen des Rettungsdienstes, die u.a. auf die vom Kreistag am 24.04.2012 beschlossene Anpassung der Gebührentarife zurückzuführen ist, kann dazu führen, dass bereits im Jahresabschluss 2013 ein Teil des Fehlbetrages erstattet wird.

Der Fehlbetrag 2012 steigt durch diesen Sachverhalt von den bisher angenommenen 4 Mio. € auf rund 5 Mio. €.

2.) Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen in Folge der Deutschen Einheit

Eine weitere Belastung für das Jahresergebnis 2012 wurde dem Kreis Heinsberg erst in der letzten Woche bekannt, und zwar in der Klausurtagung des Finanzausschusses des Landkreistages NRW (LKT) am 04. und 05.07.2013. Thematisch geht es hier um die Änderungen im Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW (ELAG). Infolge eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 08.05.2012 war eine Neuregelung der Finanzierungsbeteiligung für die Kommunen in NRW notwendig geworden. Diese Neuregelung war nicht nur für die zukünftige Beteiligung der kommunalen Ebene an den Kosten der Deutschen Einheit notwendig, sondern rückwirkend für mehrere Haushaltsjahre.

Nachdem nun ganz aktuell ein Kompromiss zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land NRW gefunden wurde, ist damit zu rechnen, dass es zu erheblichen finanziellen Auswirkungen für die Kreise und Landschaftsverbände in NRW kommen wird, sobald die Gesetzesänderungen beschlossen sind.

Insgesamt wird für die Gesamtheit der Kommunen in NRW davon ausgegangen, dass die Differenz zwischen dem zu zahlenden kommunalen Finanzierungsbeitrag und den tatsächlich geleisteten Finanzierungsbeiträgen (über Gewerbesteuerumlage und Finanzausgleich) in fast jedem Jahr dazu führen wird, dass das Land Mittel in Höhe dieser Differenz an die Kommunen zurück zu zahlen hat. Die Städte und Gemeinden können durch die Neuregelung mit Erstattungen rechnen.

Die Betroffenheit der Kreise und Landschaftsverbände weicht dabei allerdings von der der Städte und Gemeinden ab. Die Umlageverbände entrichten – anders als die Gemeinden – keine Vorauszahlung über eine erhöhte Gewerbesteuerumlage, erhalten jedoch über den Steuerverbund mit dem Land einen Anteil an der pauschalen Erstattung. Bei der mit dem

ELAG erfolgenden – kommunalscharfen – Endabrechnung kommt es folglich zu Rückzahlungsverpflichtungen der Umlageverbände.

Modellrechnungen des Landes zu den kommunal-individuellen Abrechnungen liegen bisher nicht vor. Wahrscheinlich werden diese zusammen mit der Einbringung des Gesetzentwurfs in das parlamentarische Verfahren – voraussichtlich nach der Sommerpause – vorgelegt werden. Aufgrund dessen hat die Geschäftsstelle des LKT aktuell eigene Modellberechnungen für die Kreisebene durchgeführt, die unter dem Vorbehalt der noch nicht bekannten konkreten gesetzlichen Regelungen stehen.

Nach der Modellberechnung ergibt sich für die Kreise und Landschaftsverbände insgesamt ein Zahlbetrag in Höhe von ca. 129 Mio. € für die Jahre 2009 bis 2011, ca. 47 Mio. € für 2012 sowie ca. 58 Mio. € für 2013. Die hiernach errechneten Beträge für den Kreis Heinsberg liegen in den Jahren 2009 bis 2012 zwischen 450 T€ und 670 T€ p.a.. Insgesamt ergibt sich ein Abrechnungsbetrag für 2009 bis 2012 in einer Größenordnung von ca. 2.182 T€ und für das laufende Haushaltsjahr 2013 ein Betrag von rund 710 T€, wenn sich die Inhalte der Modellrechnung des LKT bestätigen.

Die Belastung des Kreises Heinsberg für die Jahre 2009 bis 2012 ist bisher nur mit einem Anteil in Höhe von rund 207 T€ in früheren Jahresabschlüssen erfasst. Die restliche Summe in Höhe von rund 1.975 T€ ist nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen noch als Rückstellung im Jahresabschluss 2012 zu berücksichtigen.

Somit steigt der Fehlbetrag 2012 durch diesen Sachverhalt nochmals um rund 2 Mio. €, d.h. insgesamt auf ca. 7 Mio. €.

Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2012 und die Ausgleichsrücklage

Anhand der genauen Zahlen haben wir folgendes Ergebnis ermittelt:

Der Entwurf der Ergebnisrechnung 2012 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.991.958,65 € aus. Im Vergleich zum veranschlagten Jahresfehlbedarf gemäß Haushaltsplanung 2012 in Höhe von 7.500.000 € liegt noch eine Verbesserung von 508.041,35 € vor. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss und der notwendigen Beschlussfassungen des Kreistages ist der Fehlbetrag dann durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage zu decken.

Zu dem Thema „Ausgleichsrücklage“ hatten wir Ihnen in der Anlage 2 zu diesem Tagesordnungspunkt die Überführung nach dem NKF-Weiterentwicklungsgesetz rechnerisch abgebildet und hierbei noch den Fehlbetrag in Höhe von 4 Mio. € annehmen müssen. Aufgrund der Änderungen, die sich aus den beiden genannten Sachverhalten ergeben, haben wir die Anlage 2 aktualisiert und diese ebenfalls als Tischvorlage ausgelegt.

Wenn wir hier nun den neuen Fehlbetrag ansetzen, ergibt sich eine neue Ausgleichsrücklage in Höhe von 22,5 € Mio. € statt 23,5 Mio. €. Damit sinkt die Ausgleichsrücklage nur um rund 1 Mio. €.

Hier kommt es dem Kreishaushalt zugute, dass wir aus den Vorjahren rund 7 Mio. € Überschüsse überleiten können. Letztlich bleibt uns Ende 2012 noch eine Ausgleichsrücklage

erhalten, die sogar etwas über dem Bestand in der Eröffnungsbilanz 2009 liegt. Seinerzeit wurden rund 21,9 Mio. € ausgewiesen.

Trotz der sicherlich hohen Zusatzbelastung von rund 2 Mio. € durch die Abrechnung der Einheitslasten im Jahresabschluss 2012 verfügt der Kreis Heinsberg aufgrund der einmaligen gesetzlichen Möglichkeit, Überschüsse aus Vorjahren in die Ausgleichsrücklage überleiten zu können, noch über eine gute Ausgangslage für zukünftige Haushaltsplanungen.

Mit den hier genannten Änderungen werden wir nun in der nächsten Woche am 18.07.2013 den Entwurf des Jahresabschlusses 2012 in den Kreistag einbringen. Der Kreistag wiederum wird dann den Entwurf zur Prüfung an den dafür zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss verweisen. Die Gelegenheit der heutigen Finanzausschusssitzung wollten wir allerdings nutzen, Sie über die dargestellten Inhalte des Jahresabschlusses 2012 zu informieren.